Nummer 543

Bezugs-Preis: Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag, Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis: Die 9 gespaltene Zeile 2,00 Mk. Reklamezeile 6 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Zinsschein-Kalender Deutsche Lebensvers.-Gesellschaften, Allgem. Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone“ | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Freitag, 28. November 1919 | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Keine neue Verkehrssperre.

Berlin, 27. November.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Nachrichten über eine bevorstehende neue Sperre des gesamten Personenverkehrs sind unbegründet. Die Betriebslage hat sich bereits soweit gebessert, daß eine solche Maßnahme nicht mehr erforderlich ist. Sollte sie sich wieder verschlechtern, so würden etwaige neue Sperrmaßnahmen rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Hörsings Rücktritt.

Wie die „Dena“ von zuständiger Stelle erfährt, hat Hörsing sein Amt infolge des Gegensatzes zwischen ihm und dem Zentrum niedergelegt. Eine Reihe von Zentrumszeitungen hat schon seit langer Zeit einen ununterbrochenen scharfen Kampf gegen Hörsing geführt. Dadurch wurde die Einigkeit unter den deutschen Parteien in Oberschlesien nicht nur gefährdet, sondern sie ging vollkommen in die Brüche. Das hat sich ganz besonders bei den letzten Gemeindewahlen gezeigt. Da Hörsing nun auf den Standpunkt steht, daß Oberschlesien für Deutschland verloren ist, wenn die Einigkeit unter den deutschen Parteien nicht so schnell wie möglich wieder hergestellt wird, so hat er die Konsequenzen daraus gezogen und sein Amt niedergelegt, da er sich nach den Angriffen vom Zentrum für das einzige Hindernis hält, das dieser Einigkeit entgegensteht. Von einem Gegensatz zwischen Hörsing und dem Minister des Innern ist nie die Rede gewesen.

*

Es muß betont werden, daß diese Mitteilung aus amtlicher Quelle stammt, eine Tatsache, die um so mehr von Belang ist, als die von uns immer wieder verfochtene Ansicht, Hörsing sei vom oberschlesischen Zentrum gestürzt, ihre amtliche Bestätigung erhält. Gleichzeitig muß darauf hingewiesen werden, daß das oberschlesische Zentrum ebensowenig identisch mit der deutschen Zentrumspartei ist, wie die Kölner Richtung des Herrn Dr. Erzberger und seiner lostrennlerischen Gesinnungsgenossen etwas mit der eigentlichen Partei zu tun hat. Daß die Uneinigkeit unter den deutschen Parteien Oberschlesiens durch die Wühlarbeit der dortigen Zentrumspresse hervorgerufen wurde, ist unbestreitbar. Ebenso wenig soll auch die Behauptung, von einem Gegensatz zwischen Hörsing und dem Minister des Innern, sei nie die Rede gewesen, bestritten werden. Was wir in der offiziösen Erklärung vermissen, ist die Mitteilung, warum das Ministerium des Innern seinen Einfluß nicht benutzt hat, um Hörsing gegen das oberschlesische Zentrum zu halten. Die Tatsache, daß man amtlicherseits den Rücktritt des Reichskommissars mit seinem Zwist mit dem Zentrum motiviert, bedeutet das Eingeständnis der Kapitulation der preußischen Regierung vor dem oberschlesischen Zentrum. Man weiß in der Regierung, um was es sich hier handelt: es geht hier nicht allein um die Person Hörsings, nicht allein um den Belagerungszustand (von dem die offiziöse Erklärung kein Wort erwähnt), — es geht um die Erhaltung Oberschlesiens für Deutschland. Auch die „Deutsche Allg. Ztg.“ sah sich gestern im Anschluß an die halbamtliche Meldung von Hörsings Rücktritt genötigt zu bemerken, daß Hörsings Verdienste um die Erhaltung Oberschlesiens nicht unerwähnt bleiben dürften. Man ist sich also „oben“ darüber im klaren, daß Hörsing der Mann ist, der den Kampf bis jetzt mit der nötigen Energie geführt hat. Aber er kann ihn nicht zum siegreichen Ende führen, weil ihm von Berlin aus kein Rückhalt gewährt wird. Die preußische Regierung gibt Hörsing auf und streckt auf die Gefahr hin, den wertvollsten Teil Preußens zu verlieren, die Waffen vor ein paar Fanatikern.

Herr Bitta.

Berlin, 27. November.

In einzelnen Zeitungen war anläßlich der vor kurzem gemeldeten Ernennung des Herrn Bitta bemängelt worden, daß Herr Bitta nur zum stellvertretenden Oberpräsidenten der neu gegründeten Provinz Oberschlesien ernannt worden sei. Herr Bitta ist kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Oberpräsidenten betraut worden. Eine endgültige Bestallung kann deshalb noch nicht erfolgen, weil der Nachtragsetat für die Provinz Oberschlesien noch nicht von der Volksvertretung bewilligt worden ist und infolgedessen ein etatsmäßiger Oberpräsidentenposten nicht vorhanden ist.

Die Untersuchung über die Vorgeschichte des Krieges.

Der erste Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung (Vorgeschichte des Krieges) trat gestern zu einer Sitzung über seinen Arbeitsplan zusammen, der auch der Vorsitzende des Gesamtausschusses beiwohnte. Man einigte sich auf die Feststellung des Fragebogens für die Zeit zwischen dem Attentat von Serajewo und der Kriegserklärung sowie über die Zuziehung einiger weiterer Sachverständiger. Sodann soll der Fragebogen an die Hauptauskunftspersonen zu einer vorläufig schriftlichen Beantwortung versandt werden, die in kurzer Frist erfolgen soll. Nach dieser Vervollständigung des Arbeitsplanes wird man nächste Woche an den Gesamtausschuß herantreten, um die mündlichen Vernehmungen über jene Zeit Anfang Januar beginnen zu können. Von der Bestellung von Referenten für die öffentlichen Verhandlungen wurde Abstand genommen. Das Anerbieten Dr. Grellings, des Verfassers von „J'accuse!“ als Sachverständiger zu fungieren, wurde einstimmig abgelehnt.

Clemenceau über die Abreise der deutschen Delegation.

Die neue Note der Entente.

Berlin, 27. November.

Der deutschen Regierung ist in Paris am 25. November, abends 8 Uhr, folgende Note zugestellt worden, die infolge der telegraphischen Störung am 26. abends in Berlin eingegangen ist:

Paris, den 22. November 1919.

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 21. November zu bestätigen, worin mitgeteilt wird, daß Herr v. Simson zu Besprechungen mit der deutschen Regierung über die Art und Weise der Inkraftsetzung des Vertrages nach Berlin abgereist ist, und daß für die zu schließenden Abkommen die Zustimmung der deutschen Nationalversammlung erforderlich ist. Nach dieser Mitteilung muß ich bezweifeln, daß die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrages (zu deren Vornahme sich die alliierten und assoziierten Regierungen für den 1. Dezember vorbereitet haben) an diesem Tage stattfinden kann, und zwar infolge der Haltung der deutschen Regierung, die sich schon seit dem 1. November im Besitze der Note der Verbündeten und des ihr beigefügten Protokolls befindet. Eine solche Verzögerung der Ratifikation des Vertrages wäre um so bedauerlicher, als sie Zweifel an der Aufrichtigkeit der Absichten Deutschlands hinsichtlich der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Waffenstillstande und aus dem Friedensvertrage wachrufen könnte. Es dürfte aber im allgemeinen Interesse des deutschen Volkes liegen, daß eine schnelle Inkraftsetzung des Vertrages den Frieden und alle für die ganze Welt damit verbundenen Möglichkeiten der Wiederaufrichtung zurückbringt. Die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls ist insbesondere für den Zeitpunkt der Rückkehr der Kriegsgefangenen nach Deutschland maßgebend.

Ich lege in dieser Hinsicht besonderen Wert darauf, die in Ihrem gestrigen Schreiben wiederholte unrichtige Behauptung zurückzuweisen, daß die französische Regierung ein Versprechen gegeben und nicht gehalten habe. Die Wahrheit ist ganz anders: Am 28. August hat der Oberste Rat den Entwurf einer Erklärung über die Kriegsgefangenen gutgeheißen, wonach der Zeitpunkt der Ratifikation des Friedensvertrages, soweit die Heimschaffung der Kriegsgefangenen in Betracht kommt, vordatiert werden und die Heimschaffung sofort beginnen sollte. Dieser Beschluß ist sofort ausgeführt worden und die Heimschaffung der Kriegsgefangenen hat begonnen. Demgemäß sind die von der britischen, amerikanischen und belgischen Armee gemachten Gefangenen in voller Übereinstimmung mit der französischen Regierung nach Deutschland zurückgeführt worden. Aber die Entscheidung besagte weiter, daß die Fortsetzung dieser wohlwollenden Politik davon abhängen solle, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen. Die Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen zeigt einmal, mit welcher Geduld die Alliierten darauf gewartet haben, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt und stellt ferner fest, daß diese Verpflichtungen von ihm in einer gewissen Anzahl sehr wichtiger Punkte gröblich verletzt worden sind.

Die Folge hiervon konnte nur der Beschluß sein, sich streng an die Bestimmungen des Friedensvertrages zu halten, der die Heimkehr der Kriegsgefangenen mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages verknüpft. Die deutsche Regierung hat es in der Hand, daß binnen einer Frist von acht Tagen die endgültige Ratifikation unterzeichnet wird und die Gefangenen in ihre Heimat zurückkehren. Es ist dazu nur erforderlich, daß sich die Vertreter der Verbündeten und Deutschlands über die Art und Weise der praktischen Durchführung der die Gebiete im Osten betreffenden Bestimmungen verständigen, und daß das der Mitteilung vom 1. November beigefügte Protokoll, das die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Waffenstillstandes, sowie die Strafen für dessen Verletzung festsetzt, ohne neue Einwendungen unterzeichnet wird.

Genehmigen Sie, usw.

gez. G. Clemenceau.

Nachschrift. Den 24. November 1919. Nach der Abfassung des gegenwärtigen Schreibens, dessen Absendung sich nur durch die Abwesenheit des Präsidenten der Friedenskonferenz verzögert hat, ist durch Ihr Schreiben vom 23. November eine neue Tatsache zur Kenntnis des Obersten Rats gebracht worden: Nach Herrn von Simson sind auch die deutschen Sachverständigen abgereist, die vor drei Tagen angekommen waren, um zusammen mit den Kommissionen der Verbündeten alle Fragen der Ausführung des Vertrages hinsichtlich der Arbeit der Verwaltungs-, Abstimmungs- und Grenzkommissionen zu regeln. Den Obersten Rat hat die Abreise der Delegierten lebhaft überrascht. Er kann darin nur ein Zeichen dafür erblicken, daß Deutschland die Vereinbarungen, die dem endgültigen Austausch der Ratifikationsurkunde des Friedensvertrages notwendigerweise vorausgehen müssen, noch weiter verzögern will. Diese Tatsache hat sehr bedauerliche Zweifel an den Absichten der deutschen Regierung hervorgerufen. Der Oberste Rat wünscht binnen kürzester Frist in dieser Hinsicht Klarheit zu erhalten, und überläßt der deutschen Regierung die volle Verantwortung für die von ihr verursachte Verzögerung der Wiederherstellung des Friedensvertrages.

gez. G. Clemenceau.

* * *

Zu dieser Note wird von maßgebender Stelle bemerkt:

Das vorliegende Schreiben hat sich mit der Antwort auf die Kriegsgefangenen-Note gekreuzt. Es zeigt, daß der französischen Regierung, im schroffen Gegensatz zu den Behauptungen in der Kriegsgefangenen-Note der Entente, nun doch eingefallen ist, daß sie am 28. August Versprechungen über die Heimsendung der Kriegsgefangenen vor der Ratifikation gemacht hat. Wenn sie nun die Zurückziehung dieses Versprechens, die sie niemals stillschweigend vornehmen, sondern wenigstens der deutschen Regierung mitteilen mußte, mit der Nichteinhaltung deutscher Verpflichtungen erklären will, so fragt es sich, um welche nicht eingehaltenen Bedingungen es sich hier handeln kann. Dabei muß alles ausscheiden, was vor dem 18. September liegt, denn an diesem Tage ist dem deutschen Vertreter in Paris noch mitgeteilt worden, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt, die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen. Damit fällt vor allem die angebliche Schuld in der Scapa Flow-Sache weg, ebenso wie die baltische Frage ausscheiden muß, da der Bericht der unter Führung des Generals Niessel stehenden Kommission noch nicht vorliegt. Es bleiben also die spärlichen, bei dem beispiellosen Umfang der laut Waffenstillstand zu erfüllenden Leistungen kaum ins Gewicht fallenden Rückstände, die wahrlich nicht als Vorwand für den Widerruf einer von Frankreich gegen erhebliche deutsche Leistungen vertraglich übernommenen Verpflichtung dienen können.

Nun wird in der neuen Note die Freilassung der Gefangenen innerhalb von acht Tagen in Aussicht gestellt, wenn Deutschland ohne neue Einwendungen unterzeichnet. Die Kriegsgefangenen sollen also nochmals verkauft werden, und zwar für die Auslieferung der Bagger, Docks und Krane, ohne die es ein deutsches Wirtschaftsleben kaum geben kann. Aber mehr noch. Um sie zurückzubekommen, soll eine Bestimmung anerkannt werden, wodurch die Entente das Recht hat, auch fernerhin alle militärischen und anderen Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachtet. Wer bietet eine Garantie dafür, daß auch nach Friedensschluß, gerade so wie heute, unter diesen Zwangsmaßnahmen nicht auch die Einstellung der Kriegsgefangenen-Transporte zu verstehen sein wird? Damit hätte die deutsche Regierung einen letzten wertvollen Teil des deutschen Volksvermögens verschleudert, durch ihre Zustimmung den Kriegszustand in den Frieden hinein verlängert und dennoch das Los der Kriegsgefangenen nicht gemildert. Die deutsche Regierung wird nach all den Erfahrungen in der Kriegsgefangenenfrage, und nach den zweimal nicht eingehaltenen bindenden Versprechungen das dritte Mal sich nicht auf solch einen unsicheren Rechtsboden begeben, um so weniger, als gerade heute die Nachricht aus Paris kommt, Herr Clemenceau habe in einer Ansprache erklärt, daß die deutschen Kriegsgefangenen erst herausgegeben werden sollen, wenn 900000 deutsche Arbeiter unter genau den gleichen Bedingungen im Wiederaufbau-Gebiet eingetroffen seien.

Lersner an Dutasta.

Berlin, 27. November.

Das Schreiben, das Herr von Lersner an den Generalsekretär der Friedenskonferenz, Herrn Dutasta, anläßlich der Abreise des Herrn von Simson gerichtet hat, und auf das in der neuesten französischen Note Bezug genommen wird, hat folgenden Wortlaut:

Herr Generalsekretär!

Da Eure Exzellenz nicht in der Lage war, mich heute zu empfangen, möchte ich nicht verfehlen, Ihnen schriftlich den Grund meines Besuches zu übermitteln.

Durch die gestrige Unterredung hat Herr Ministerialdirektor von Simson die Überzeugung gewonnen, daß er vor weiterer Beratung über die Inkraftsetzung des Friedensvertrages mündlich in Berlin der deutschen Regierung berichten muß, um so mehr als für die hiesigen Abmachungen die Zustimmung der Deutschen Nationalversammlung nötig ist. Er wird sich daher morgen Abend nach Berlin begeben.

Ich bin ferner gezwungen, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß ich mit allem Nachdruck dagegen Einspruch erhebe, daß die Frage der Heimbeförderung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erneut in Verbindung gebracht wird. Durch die Erklärung der alliierten und assoziierten Regierungen ist diese Frage von der Inkraftsetzung losgelöst worden. Wenn dieses Versprechen nicht mehr Geltung haben sollte, würde jetzt auch das jetzige, neu in Aussicht gestellte Versprechen der französischen Regierung der öffentlichen Meinung in Deutschland keine Sicherheit geben.

Schließlich möchte ich nicht unterlassen, auf den beiliegenden Artikel der heutigen „Presse de Paris“ über die Auslieferungsfrage hinzuweisen.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) Freiher von Lersner.

Krisenhausse.

Die infolge der Meinungsverschiedenheiten über das Betriebsrätegesetz entstandene, und noch immer nicht behobene Zuspitzung der inneren Lage ist widerrechtlich und künstlich als Regierungskrise „aufgezogen“ worden, und hat soviel Beunruhigung geschaffen und Schaden gestiftet, daß dazu einige grundsätzliche Bemerkungen erlaubt scheinen. Im Auslande, wo Parlamentarismus und parlamentarisches Regime keine funkelnagelneue Errungenschaft ist wie bei uns, muß man eine ganz falsche Vorstellung von dem erhalten haben, was bei uns vorgeht, und jedenfalls ist das eine sicher, daß jenseits der deutschen Grenzen das Vertrauen in eine allmähliche Festigung der politischen Verhältnisse bei uns zum mindesten keine Stärkung erfahren hat.

Was wir erlebten, war ein Durcheinander und Gegeneinander von Regierung, Parteien und Presse, war ein regelloser Kampf von Anschauungen und Überzeugungen, in dem nirgends ein höherer Gesichtspunkt aus dem Tag in die Zukunft hinüberleitete, denn selbst die starke Parole, mit der die Deutsch-Demokraten fochten, ging im Wust der Krisenkommentare unter. Was übrig bleibt, ist das Gefühl, daß die „große Stunde“ wieder einmal ein „kleines Geschlecht“ gefunden hat, ist eine allseitige Enttäuschung, und damit ist ein Moment latenter Neigung hervorgerufen worden, das sich schon jetzt in den Verhandlungen über das Kompromiß hemmend bemerkbar macht, und einem neuen Konflikt geradezu den Weg ebnet. Und bei alledem ist unsere außenpolitische Lage so gespannt wie nie zuvor. Der Ausfall der Wahlen in Frankreich, die tägliche Note, die uns Herr Clemenceau schickt, sprechen eine deutliche Sprache. Wenn Deutschland bestehen soll, so braucht es all seine geschwächten Kräfte für die unvermeidbaren Krisen, es kann auf die eigens für den Privatgebrauch gemachten verzichten.

Es scheint, als ob die Sozialdemokratie für solche Einsicht nicht zu haben ist. Sie hat bisher so oft den Deutschnationalen den Vorwurf gemacht, daß sie die beginnende Konsolidierung gefährdeten, daß sie jetzt Lust verspürt, ihn sich selbst auch einmal zu verdienen.

Um reiner Parteigeschäfte willen hat sie die „Regierungskrise“ direkt plakatiert, da sonst niemand darauf gekommen wäre. Man erinnere sich, daß es eine mehrheitssozialistische parteioffiziöse Korrespondenz war, die zu einer Zeit, als noch niemand böses ahnte, den Austritt der Demokraten aus der Regierung ankündigte. Leider fand sich sofort das Zentrum, das wieder einmal besondere Absichten verfolgte, bereit, den Mehrheitssozialisten Sekundantenhilfe zu leisten. So wurde eine Situation geschaffen, in der die Demokraten von Anbeginn auf einem ungemein schwierigen Posten kämpften. Denn die beiden anderen Parteien fochten mit dem Blick auf die kommende Wahlschlacht, den Deutsch-Demokraten aber lag zunächst erst noch die „kleine Aufgabe“ ob, die deutsche Industrie vor dem Tod durch Erwürgen zu bewahren. Und hier wird offenbar, inwiefern auch die Deutsch-Demokraten zu ihrem Teil schuld geworden sind. Sie haben sich überrumpeln lassen, anstatt das Prävenire zu spielen. Zweierlei war möglich: man mußte entweder rechtzeitig der Sozialdemokratie den Kampf aufzwingen, indem man sich ihren Standpunkt von der Notwendigkeit der Durchführung des Betriebsrätegesetzes agitatorisch und polemisch zu eigen machte, um dann auf dieser strategischen Basis die sinn- und vernunftgemäße Ausgestaltung des Entwurfs durchzusetzen, oder man mußte von vornherein ein starres Principiis obsta! formulieren. Beides ist nicht geschehen, weil man die Taktik des Gegners erst durchschaute als es zu spät war.

Die Sozialdemokraten haben bei der ganzen Sache nur den einen Gedanken, aus ihr Kapital im Kampfe gegen die Unabhängigen zu schlagen. Sie verneinen, weil es zur Abwechslung jetzt einmal ihnen so paßt, alle Pflichten und Rücksichten, die ihnen ihr Charakter als (noch dazu führende) Regierungspartei auferlegt. Im schroffsten Gegensatz zu allen Voraussetzungen parlamentarischen Herkommens setzen sie sich darüber hinweg, daß das Wesen einer Koalitionsregierung eine Politik des Kompromisses, des billigen Ausgleichs widerstreitender Wünsche und Ansichten ist. Und so haben sie in der Betriebsrätefrage von Anfang dekretiert: so wollen wir es — und so geschieht es! Es liegt hier ein Fall politischer Vergewaltigung vor, wie er in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus noch nicht dagewesen ist, und wie er wohl auch anderswo in der Welt in gleicher Unerfreulichkeit kaum vorgekommen sein dürfte. Systematisch wurde alles so eingerichtet, daß es nach außen den Anschein gewinnen mußte, als ob die Sozialdemokraten einen ruhmvollen Kampf um höchste Lebensinteressen der Arbeiterschaft gegen den starren „Herrenwillen der besitzenden Klassen“ führe, während doch von den bürgerlichen Parteien tatsächlich Entgegenkommen über alles Maß hinaus bekundet worden ist. Das Zentrum dankte zwar insgeheim den Demokraten für ihre Bemühungen, die akute Lebensgefahr für Industrie, Handel und Gewerbe zu beseitigen, es hatte aber doch äußerlich den Widerstand schon im Beginn aufgegeben. Und die Demokraten setzten selbstverständlich sogar die Existenz ihrer Partei und Zukunft aufs Spiel, um das Äußerste zu vermeiden. Und das Ergebnis? Daß man heute anscheinend wieder genau da steht, wo man vorgestern war. Die Sozialdemokraten verleugnen in den interfraktionellen Besprechungen ihre erste Erklärung, daß der demokratische Vermittlungsvorschlag eine „geeignete Grundlage für eine Einigung“ biete. Sie stellen jetzt dem Zentrum ein Ultimatum. Es soll „Farbe bekennen“ und sich klipp und klar für die restlose Annahme ihrer Bedingungen erklärne. Die „Krise“ ist tot — es lebe die Krise!

Es liegt auf der Hand, daß so keine Politik gemacht werden kann und darf. Wohin geraten wir,

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Freitag, d. 28. November.

Opernhaus. 7½ Uhr: III. Sinfonie-Konzert.

Schauspielhaus. 261. Abonnem.-Vorstellung. 6½ U.: Maria Stuart.

Direkt.: Max Reinhardt. **Deutsches Theater.** 7½ Uhr: Wie es euch gefällt.

Kammerspiele. 7½ Uhr: Gespenstersonate.

Großes Schauspielhaus. 7½ Uhr: Zum 1. Mal: Orestie.

Dir.: Victor Barnowsky. **Lessing-Theater.** 7 Uhr: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Th. 7½ Uhr: Cyprienne.

Dir. Meinhard-Bernauer **Theater i. d. Königgr. Str.** 7 Uhr: Ein Traumspiel.

Komödienhaus. ½8 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater. 7¹⁰ Uhr: Bummelstudenten.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Paul Lange und Tora Parsberg.

Residenz-Theater. 7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater. 7 Uhr: Maskerade.

Central-Theater. Kommandantenstr. 57. 7½ Uhr: Die Faschingsfee.

Deutsches Opernhaus. 7 U.: D. lust. Weiber v. Winds.

Die Tribüne. 7½ Uhr: Die Wandlung.

Eden-Theater. Alte Jakobstr. 30. 7¼ Uhr: „U. A. w. g.“ Stg. 3 U.: Prinzessin v. Nil.

Fried.Wilhelmst.Theater. 7½ Uhr: Gretchen.

Kleines Theater. 7½ U.: Die Neuvermählten. Hierauf: Kinder-Ballett d. Balletm. Mary Zimmermann.

Kl. Schauspielhaus. 7½ Uhr: Albine u. Aujust oder: Freut Euch d. Leb.

Komische Oper. 7½ Uhr: Liebeszauber. Stg. 3¾: Schwarzwaldmäd.

Lustspielhaus. Arnold Rieck in 7¾ U.: D. Großstadt-Kavalier.

Metropol-Theater. 7 Uhr: Sybill. Stg. 3 Uhr: Charleys Tante m. Thielscher.

Neues Operettenhaus. 7½ Uhr: D. Dame vom Circus.

Schiller-Theater Charl. 7½ U.: Der Bund der Jugend.

Thalia-Theater. 7 Uhr: Zum 1. Male: Die närrische Liebe

Theater a. Nollendorfpl. 3¼: D. beid. Klingsberg. 7¼ Uhr: Der Vielgeliebte